

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 7-8

Artikel: Der Anfang vom Ende einer Bruderpartei
Autor: Meth, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Anfang vom Ende einer Bruderpartei

Vor zwanzig Jahren, am 15. Juli 1927, haben die sonst so ruhigen und geduldigen Arbeiter Wiens den in der Nähe der Wiener Ringstraße gelegenen Justizpalast in Brand gesteckt. Man wird diese Tat nur begreifen können, wenn man die Ursachen kennt, die zu diesem Verzweiflungsausbruch geführt haben. Es kann auch heute noch nützlich sein, diese Ursachen darzulegen, denn mit jenem Ereignis begann das Ende der alten Sozialdemokratischen Partei Österreichs und damit auch das Ende der österreichischen Demokratie.

In Österreich regierte damals Prälat Seipel. Er regierte im Namen einer Partei, die sich christlichsozial nannte, die es aber nicht war. Seipel war ein katholischer Priester, ein Vertreter jener streitbaren katholischen Kirche, die ihren Anspruch auf Weltherrschaft noch nicht ganz aufgegeben hatte. Sein Ehrgeiz und sein Streben war es, Österreich, das einmal eine feste Stütze des Papsttums gewesen ist, wieder katholisch zu machen. Die Bevölkerung Österreichs gehörte zwar auch noch vor zwanzig Jahren zum weitaus größten Teil der katholischen Kirche an, aber nur auf dem Papier. In den Städten standen die Kirchen leer. Seipel sah in den Sozialdemokraten die Todfeinde der Kirche, denn die Sozialdemokraten vertraten den Grundsatz: Religion ist Privatsache. Die katholische Kirche wurde in Österreich vom Staat erhalten. Ihre Priester wurden aus der Steuerkasse des sehr verarmten Staates bezahlt. Die Sozialdemokraten hatten schon alle größeren und Hunderte kleinerer Gemeinden erobert. Sie hatten in Wien eine Zweidrittelmajorität und im ganzen Lande 42 Prozent der Stimmen bei den Wahlen erreicht. Seipel fürchtete, wenn diese große Partei auch bei den Reichstagswahlen die Mehrheit erlangen sollte, wäre dies gleichbedeutend mit dem Ende des Katholizismus als Staatskirche in Österreich. Die Sozialdemokraten hätten wahrscheinlich auf die Dauer nicht geduldet, daß trotz der großen Not und Massenarbeitslosigkeit der Bevölkerung die sehr reiche Kirche, die zu den größten Grundbesitzern in Österreich gehörte, aus Staatsmitteln erhalten werde. Darum war Seipel ein Feind der sozialdemokratischen Arbeiter. Obwohl seine Partei nur eine Minderheit war, vermied er jeden Kompromiß und verlangte in allen Dingen die Unterordnung der viel größeren Sozialdemokratischen Partei unter seine Politik.

Außenpolitisch war Österreich damals eine Einflußzone Mussolinis. Der italienische Faschismus sah zu jener Zeit im Nationalsozialismus, der durch seine nationalen Aspirationen und durch seine Überfälle auf Arbeiter und Demokraten von sich reden machte, nicht den Bundesgenossen, sondern den Rivalen, von dem er fürchtete, daß er seine Herrschaftsansprüche auch auf Teile Italiens ausdehnen könnte. Mussolini suchte aus Österreich einen Pufferstaat gegen Deutschland zu machen und unterstützte die Heimwehr, eine halbfaschistische Organisation, deren Ziel es war, nach dem Vorbild der Faschisten in Italien und nach den Plänen der Nationalsozialisten in Deutschland die Arbeiterbewegung brutal zu unterdrücken. Immer wieder wurden einzelne Arbeiterheime in der Provinz überfallen, einzelne als sozialdemokratisch bekannte Arbeiter ermordet. Der Justizapparat versagte in diesen

Fällen genau wie in Deutschland. Wenn einer dieser Mörder vor Gericht gestellt werden konnte, wurde er entweder zu einer sehr geringen Strafe verurteilt oder freigesprochen. Es ist hier leider nicht der Platz, das sehr ernste Problem der Demokratie zu erörtern, das in dieser Erscheinung liegt. Hier kann nur angedeutet werden, daß für den Richterberuf eigentlich nur eine ökonomische Auswahl, nicht aber eine Eignungswahl stattfand, und daß die Richter aus Kreisen ergänzt wurden, die mit dem praktischen Leben wenig Zusammenhang hatten. In Österreich und Deutschland waren diese Kreise direkt feindlich gegen die Arbeiter eingestellt. Auch die Aufstiegsmöglichkeiten in den Beamtenberufen spielten hier eine Rolle. Das Avancement erfolgte nach Dienstjahren und war vielen zu langsam. Da diesen Leuten Lebenserfahrung und politische Urteilskraft mangelte, waren sie bereit, jeden zu unterstützen, der ihnen raschen Aufstieg versprach. Diktatoren und Despoten haben solchen Ehrgeiz immer gut auszunützen verstanden. Aber dies nur nebenbei. Zum Verständnis der Vorgänge am 15. Juli genügt es, zu wissen, daß am Tag vorher wieder einmal der Mörder eines sozialdemokratischen Arbeiters freigesprochen wurde. Die Führer der Arbeiterbewegung hatten bis dahin in solchen Fällen die Arbeiter immer wieder zu beruhigen versucht. Man hielt Protestversammlungen ab, man drohte in diesen Versammlungen, wenn solche Fälle sich wiederholen sollten, würden sich die Arbeiter selbst Recht verschaffen. Aber in Wirklichkeit suchte man jede Gewaltaktion zu vermeiden, weil man wußte, daß die aufgehetzten Burschen in der Heimwehr nicht die eigentlichen Schuldigen waren, und weil die Arbeiterbewegung, wie es in dem Lied der Wiener Arbeiter heißt, mit den Waffen des Geistes und nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren kämpfen wollte. Aber diesmal sollte eine Demonstration den Protest der Arbeiter zum Ausdruck bringen.

Die Wiener Arbeiter hatten sich im Laufe von Jahrzehnten «das Recht auf die Straße» erobert, das Recht, in geschlossenem Zuge über die Wiener Ringstraße zu marschieren, die Größe ihrer Organisationen, die Geschlossenheit ihres Willens öffentlich vor der ganzen Stadt zu zeigen. Im Anfang war das Bürgertum erschreckt. Man hielt jedesmal große Polizei- und Militäraufgeböte in der Nähe, um der Gefahr, die man in solchen Demonstrationen sah, begegnen zu können. Man versuchte auch mehrmals, Demonstrationen der Arbeiter auseinanderzutreiben. Aber seit den großen Wahlrechtsdemonstrationen im Jahre 1905, seit der alte Viktor Adler selbst an der Spitze der Demonstrationen den Polizeisäbeln getrotzt hatte, hatten sich die Wiener Arbeiter das Recht, auf der Ringstraße zu demonstrieren, erkämpft. Die Polizei hielt sich im Hintergrund, wenn die Wiener Arbeiter auf die Straße gingen. An jenem 15. Juli jedoch fiel es einem Polizeioffizier ein, die Demonstration auseinandersprenge zu wollen. In vielen Fabriken hatten die Arbeiter die Arbeit eingestellt, als sie am Morgen in der Zeitung lasen, daß wieder ein Arbeitermörder freigesprochen war. Von einem Großbetrieb zum andern wurde mitgeteilt, daß man auf die Ringstraße ziehen wolle. Schon waren mehrere Betriebe ruhig in geordnetem Zuge am Parlament vorbeimarschiert, als plötzlich eine Attacke berittener Polizei die Demonstration auseinandersprenge, gerade während ein riesiger Zug Gemeindearbeiter in Achterreihen geordnet am Parlament vorbeimarschierte. Die Wut der Arbeiter war ungeheuer. Sie wandten sich empört gegen die Polizei. Sie suchten sich wieder zu sammeln, aber immer wieder wurden sie auseinandergetrieben. Ein großer Teil der Demonstranten geriet in die Parkanlagen auf dem Schmerlingsplatz,

einem der vielen schönen Parks, die an der Wiener Ringstraße liegen. Auch hier wurde die Menge von der berittenen Polizei verfolgt. Immer wieder sprengten die galoppierenden Pferde in die Menschenmasse. Die Entrüstung der Demonstranten steigerte sich zum Wutgeheul. Ein Teil der Demonstranten war vor den galoppierenden Pferden in den Justizpalast geflüchtet, und als einer von ihnen in einem der Räume eine Benzinflasche in Brand steckte, empfand man den Rauch und die Flammen als einen Ausdruck der Wut und Verzweiflung, in die man durch die ständigen Reiterattacken versetzt worden war. Nun beherrschte die Masse den Platz. Die Polizei zog sich etwas zurück, und die Feuerwehr erschien. Aber die Menge wollte nicht, daß der Brand gelöscht werde. Die Schläuche der Feuerwehr wurden wiederholt zerschnitten. Bürgermeister Karl Seitz, von den Wiener Arbeitern allgemein geachtet und verehrt, erschien selbst auf einem Löschwagen der Feuerwehr und versuchte, die Masse zur Vernunft zu bringen. Es war das erste Mal in seinem Leben, daß die Wiener Arbeiter ihn, den beliebtesten Redner seit Viktor Adler, nicht hören wollten. Bald darauf erschien die Polizei wieder auf dem Schmerlingsplatz, diesmal mit Gewehren ausgerüstet. Ohne Warnung wurde in die Menge hineingeschossen. Mit bloßen Händen stürzte sich ein Teil der Arbeiter auf die Polizei, aber die Gewehre waren stärker als die Fäuste. Bald lagen Dutzende von Opfern in ihrem Blut, die Menschen waren auseinandergestoben, die Ringstraße und die Umgebung des Justizpalastes waren «gesäubert», wie es in der Polizeisprache heißt. Aber die Polizei begnügte sich nicht mit diesem Erfolg. Die Zusammenstöße nach den ersten Gewehrsalven hatten einigen Polizeileuten das Leben gekostet, und dafür wurde in den Arbeiterkreisen blutige Rache genommen. Die Polizei hörte nicht zu schießen auf, auch als längst keine Demonstranten mehr auf der Straße waren. Bis in die späten Abendstunden hinein dauerte das Wüten der losgelassenen Polizei.

In der darauffolgenden Nacht wurden der Parteivorstand und die Gewerkschaftskommission von den Vertrauensmännern der Arbeiter in den Betrieben bestürmt, gegen die Heimwehren und ihre Beschützer die Macht der Arbeiterschaft aufzubieten. Man forderte Generalstreik, Bewaffnung der Arbeiter. Alle Arbeiter hatten das Gefühl, daß man diesen Schlag gegen das Rechtsempfinden, diesen Angriff auf das Recht, zu demonstrieren, diese Blutprobe der Unterdrückung der größten Partei nicht ruhig hinnehmen dürfe. Aber die Führer von Partei und Gewerkschaften boten ihre ganze Autorität auf, die Massen zu beruhigen. Einige Betriebe, die am nächsten Morgen spontan streikten, wurden veranlaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Man wollte alles vermeiden, was zu weiteren Zusammenstößen führen könnte. Man wollte weiteres Blutvergießen vermeiden, das unausweichlich schien, wenn die leidenschaftlich aufgeregte Masse Gelegenheit bekommen sollte, der plötzlich so verhaßt gewordenen Polizei gegenüberzutreten. Man wollte mit Herrn Seipel und mit seinem deutschnationalen Polizeipräsidenten Schober parlamentarisch abrechnen. Diese Abrechnung ist erfolgt mit all dem Glanz und dem Feuer, das Seitz und andere Parteiführer als Parlamentsredner entwickeln konnten. Es waren meisterhafte rhetorische Leistungen, die jeden zur Bewunderung mitrissen, der Gelegenheit hatte, sie zu hören. Vom Standpunkt der Humanität aus haben die Führer der Arbeiter in jenen Tagen ein Werk vollbracht, das nicht hoch genug gewertet werden kann. Sie haben viele Familien vor Unglück bewahrt, sie haben vielleicht Hunderte von Menschenleben gerettet, sie haben ihre Autorität aufs Spiel

gesetzt, um die Gemüter zu beruhigen, um Blutvergießen zu vermeiden. Aber leider kann man faschistische Gegner nicht mit Humanität und nicht mit glänzenden Parlamentsreden bekämpfen. Die Faschisten des In- und Auslandes sahen in diesem Ausgang einen Triumph der faschistischen Methoden. Herr Seipel lehnte es ab, offenkundige Übergriffe einzelner Polizeioffiziere, kalt begangenen Mord an einzelnen Kindern und flüchtenden Frauen vor Gericht anklagen zu lassen. Er zeichnete im Gegenteil die Polizisten, die dieser Übergriffe angeschuldigt wurden, mit silbernen Medaillen aus. Die Heimwehren des Grafen Starhemberg triumphierten, und Polizeipräsident Schober setzte in die obersten Stellen der Polizei jene Nationalsozialisten, die dann im Jahre 1938 auch die Führer der Christlichsozialen Partei in die Gefängnisse und Konzentrationslager beförderten.

Noch schlimmer als der Triumph der Gegner war die niederdrückende Wirkung dieses Ausganges auf die Arbeiter. Die österreichischen Arbeiter waren bis zu jenem Tag voll Mut und Selbstvertrauen. Man hatte gegen die Heimwehren eine organisierte Abwehr, den Republikanischen Schutzbund, geschaffen. Es war ein offenes Geheimnis, daß dieser Waffen besaß, weil auch die Heimwehren bewaffnet waren. Immer wieder hatte die Partei in ihren Deklarationen erklärt: «Wir sind Demokraten, wir wollen unsere Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen. Aber wenn die Feinde der Arbeiter mit Waffengewalt die Demokratie vernichten wollen, wenn sie unsere Genossen und unsere Organisationen mit Waffengewalt angreifen, dann werden wir zurückschlagen.» Vom menschlichen Standpunkt aus ehrt es die Führer der Arbeiter, daß sie nicht den Grundsatz «Auge um Auge, Zahn um Zahn» befolgen wollten. Aber politisch erhielt die Demokratie einen Stoß, von dem sie sich nicht mehr erholen konnte. Eine Demokratie, die nicht den Mut und die Kraft hat, das Leben und die Rechtssicherheit ihrer Anhänger zu schützen, verliert das Vertrauen jenes Teiles der Bevölkerung, der in seinem Wesen unpolitisch ist und sich immer dorthin wendet, wo die Macht liegt. Das ist ein Prozeß, der sich unbewußt vollzieht. Obwohl der Republikanische Schutzbund intakt war, obwohl er größer und stärker war als die Heimwehr, obwohl er so stark war, daß er es auch mit der gut ausgerüsteten Polizeimacht hätte aufnehmen können, war doch für die breite Masse eine Machtverschiebung fühlbar geworden. Von jenem Tage an wurden die Feinde der Arbeiter übermütig. In den Arbeiterheimen wurde nach Waffen gesucht, während die Heimwehren einen bewaffneten Putsch unternehmen konnten, der straflos blieb. Immer neue Demütigungen wurden der Arbeiterschaft zugefügt. Die Sozialdemokratie, die einzige demokratische Partei im damaligen Österreich, war in die dauernde Defensive gedrängt, und dauernde Defensive führt immer zum Untergang.

Es soll mit diesen Zeilen durchaus nicht behauptet werden, daß der 15. Juli 1927 zum Untergang der Demokratie in Österreich geführt hat. Eingezwängt zwischen dem italienischen, deutschen und ungarischen Faschismus, eingeengt zwischen den Zollmauern der neuen Nationalstaaten, konnte ein demokratische Österreich nicht bestehen bleiben, wenn es nicht gelang, die Demokratie für Europa zu retten. Es sind also nicht begangene politische Fehler, die den Untergang der österreichischen Partei und der österreichischen Demokratie verschuldet haben. Wahrscheinlich hätte kein verantwortungsbewußter Führer der Arbeiter in jenen Tagen anders gehandelt, als es Seitz und seine Mitarbeiter getan haben. Der 15. Juli war nicht die Ursache des Unterganges der Demokratie in Österreich, sondern das auslösende Moment, das kleine Steinchen, das eine Lawine ins Rollen bringt, wenn die Vor-

bedingungen für eine Lawine vorhanden sind. Es soll damit durchaus nicht behauptet werden, daß die äußeren Umstände den Menschen, in diesem Falle der Sozialdemokratischen Partei, automatisch die Richtung ihres Handelns aufgezwungen haben. Das politische Geschehen ist ein Resultat von Wirkung und Gegenwirkung. Verhältnisse gestalten die Menschen, und Menschen gestalten die Verhältnisse. Es ist denkbar, aber nicht wahrscheinlich, daß ein anderer Führer auf den 15. Juli anders reagiert und damit die Entwicklung in eine andere Richtung gedrängt hätte. Primär jedoch wird das Handeln jedes Einzelnen von äußeren Verhältnissen bestimmt. Zu den vielen Faktoren, welche die Willensrichtung der Menschen beeinflussen, gehört bei Personen in führender Stellung die Last ihrer Verantwortung, sei es für das Wohlergehen anderer Menschen oder für die Erhaltung ihnen anvertrauter Organisationen, die man so lange als möglich vor dem Äußersten zu bewahren sucht. Hinterher und in einem Abstand, der den Einflüssen der Situation entrückt ist, kann man freilich oft erkennen, daß die Gefahr, der man zu entrinnen suchte, vergrößert wurde, daß es ein politischer Fehler war, dem Kampf, der kommen mußte und der im Februar 1934 auch gekommen ist, ausweichen zu wollen oder ihn so lange als möglich hinauszuschieben. Es wäre absolut unmarxistisch, in der Gestaltung der politischen Verhältnisse ein Führerproblem zu sehen. Die Siege des Faschismus in verschiedenen Ländern sind nicht den Unzulänglichkeiten einzelner Personen zuzuschreiben, sondern Mängeln der Demokratie. Die damit zusammenhängenden Probleme werden in der Diskussion über die Ursachen des Faschismus wohl gelegentlich gestreift, aber nicht in den Vordergrund gestellt, weil die Weiterentwicklung der Demokratie ohnehin Ziel und Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung ist.

Wenn also auch festgehalten werden soll, daß für politische Fehler einer Partei nicht Einzelne verantwortlich sind, so wäre doch viel gewonnen, wenn man aus begangenen Fehlern, ganz gleich, ob sie vermeidlich oder «unvermeidlich» waren, lernen wollte. In diesem Sinne ist der Brand des Justizpalastes in Wien mit seinen Folgen lehrreich für die Arbeiter der ganzen Welt. Er zeigt, daß das Rechtsbewußtsein der Massen und das Vertrauen in die eigene Kraft unserer Partei Faktoren sind, die man nicht preisgeben darf.

BENEDIKT KAUTSKY

„Deutscher Widerstand“

Das Buch Rudolf *Pechels*, das diesen Titel trägt (erschieden im Verlag Eugen Rentsch, Erlenbach-Zürich 1947, 343 S.) ist unstreitig die umfassendste Darstellung jener Versuche, Hitler zu stürzen, die im Attentat vom 20. Juli 1944 gipfelten. Zusammen mit den im Rahmen dieser Zeitschrift schon besprochenen Büchern von Schlabrendorff¹ und Hassell² kann man sich jetzt ein hinreichendes Bild der Vorgänge

¹ «Offiziere gegen Hitler», besprochen «Rote Revue», Heft 8 des Jahrgangs 1946.

² «Vom andern Deutschland», besprochen Heft 12 des Jahrgangs 1946.